

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Beiflieger 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeller Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephon 2502.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pf. für die einspätige  
Postzeit oder deren Raum berechnet. — Interate werden nur gegen  
vorherige Einlösung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 19.

Sonnabend, den 12. Mai 1917.

21. Jahrgang.

## Kollegen! Auf zur Agitation in allen Zahlstellen!

### Bericht der Generalkommision für das Jahr 1916.

II.

Das „Correspondenz-Blatt“ musste auch im Berichtsjahr mit dem früher eingeschränkten Umfang vorlieben zu nehmen. Die Redaktion war trotz dieser Hemmungen bestrebt, den Gewerkschaftsinteressen während des Krieges auf den verschiedensten Gebieten, besonders in der Arzelsfürsorge und Kriegernährung, gerecht zu werden. Durch Beschluss der Generalkommision war sie mit der Sozialpolitischen Abteilung in engere Verbindung gebracht worden, um eine bessere Verwertung der dort gelämmten sozialpolitischen Materialien zu ermöglichen. Das konnte bereits im Berichtsjahr in mehrfacher Hinsicht durchgeführt werden, so durch eine Artikelserie über die Soziale Arbeitspolitik und die Gewerkschaften, durch eine zweite Artikelreihe über die Entwicklung der deutschen Lebensmittelversorgung und durch eine dritte, noch nicht abgeschlossene Artikelreihe über die Monopolfrage, die nach dem Kriege, neben der Übergangswirtschaft und der Neuorientierung, eine der aktuellen Fragen werden dürfte. Die Redaktion hat zur Bearbeitung der einzelnen Erwerbszweige Sachverständige herangezogen, und diese Arbeiten werden bei den kommenden politischen Erörterungen über die Versaatischung zu den wertvollsten Materialien gehören. Die Auslage des „Correspondenz-Blattes“ betrug Ende 1916: 27 000 gegen 28 200 am Schluß der vorherigen Berichtsperiode. Das in polnischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt „Obiwata“ ist im verlorenen Jahre regelmäßig alle Monate einmal herausgekommen. Die Auslage betrug, wie im Jahre vorher, im Durchschnitt 3000 Exemplare.

Von der Generalkommision sind im verlorenen Jahre folgende Schriften herausgegeben: I. Unkredit: „Soziale Arbeitspolitik und Gewerkschaften“ Auslage 7000. Die Vereinsschule von 1916. Auslage 20 000. „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914.“ Auslage 175 000. „Gejeb betreffend den nationalen Hilfsdienst“. 1. Auslage 19 000. Außerdem wurden durch die Generalkommision vermittelt: Dr. Schiff: „Internationale Studien über den Stand des Arbeiterschutzes bei Beginn des Weltkrieges“. 250 Exemplare. Beer: „Die Geschichte des Sozialismus in England“. 310 Exemplare.

Die Sozialpolitische Abteilung ist neben ihrer Aufgabe der Materialsammlung besonders durch sozialpolitische Kriegsfragen in Anspruch genommen worden.

Die Aufstellung wichtiger Arbeitsschlußbestimmungen gab den Gewerkschaften Anlaß, auf die Beseitigung nachlässiger Betriebsanordnungen und mangelhafter Betriebseinrichtungen zu drängen. Die Aenderungen in den Industrien, die wegen Mangels an Rohstoffen zur Einschränkung des Betriebes genötigt sind, hat sozialpolitisch wichtige Neuerungen gebracht, die jetzt langsam zu den Fortschritten der Gewerkschaften gehören. Der Sieben-Uhr-Betriebschluß für öffentliche Verkaufsstellen ist aus der Zwangslage des Krieges entstanden, und wäre zu wünschen, daß er auch über den Krieg hinaus seine Herrschaft behält. Der Verband der Arbeitergehilfen hat daran hin die Agitation für einheitlichen Geschäftsschluß aufgenommen und der Zentralverband der Handlungsgehilfen bekämpft die für die Nahrungsmittelhäuser und den späteren Sonnabendsschluß gewährten Ausnahmen. Der Verband der Bäcker verlangt, das Verbot der Nacharbeit auch über den Krieg hinaus durch Gesetz zu sichern. Die gesteckten Anforderungen an die weibliche Arbeitskraft hat ihr allen davon berührten Verbänden das Bestreben nach Abhilfe hervorgerufen.

Auf den Werftbetrieben wurden Klagen über Gesundheitsbeschädigungen und selbst Lebensgefahren infolge der Verwendung von Erfasstoffen für Terpentin und Firnis laut, so daß die Sozialpolitische Abteilung gemeinsam mit dem Verband der Taler beim Reichsamt des Innern und beim Reichsbehördenamt zur Bedeckung der Missstände vorstellte. Die Angelegenheit ist wegen der amtlichen Untersuchungen noch nicht erledigt.

Für die Heimarbeit steht die Regelung der Lohnfrage in dem Vordergrund. In einer Eingabe an das Reichsamt des Innern ist die Forderung auf Einsetzung der Fachkommissionen zur Regelung der Löhne eingehend begründet. Vorläufig ist durch eine Verordnung bestimmt, daß zu den Fachkommissionen von selten der Arbeiter auch Gewerkschaftsangehörige hinzugezogen werden können. Damit ist in den Verlangen der Gewerkschaften entgegengewonnen, jedoch fehlt es noch an der Aufnahme der Tätigkeit der Fachkommissionen nach dem Heimarbeitsgesetz. Eine Fortschritte hat die Regelung der Tarife und die Festlegung und Bindung der Löhne für Heimarbeiter gemacht, die für Militärleistungen beschäftigt sind. Die Gewerkschaften können hier ein durchaus anerkanntes Entgegenkommen konstatieren.

Das Sekretariat für Bauarbeiterdienst hat seine Tätigkeit besonders den öffentlichen und Industriebauten angewendet. Um über deren Verhältnisse eine Übersicht zu gewinnen, ist im Februar 1916 von den in Frage kommenden Verbänden die Einsendung eines Berichts eingefordert worden. Das hier ergebende Material hat alle Vermutungen über den traurigen Stand des Arbeiterschutzes bei den jeweils Bauteilen übertrroffen und Veranlassung gegeben, den Sekretär zur persönlichen Anfangsuntersuchung nach einigen Orten bzw. Industriebauernräumen zu senden. Ebenso ist durch eine Informationskarte durch das ostpreußische Bezirksamt bzw. Aufbaubüro dem Sekretär Gelegenheit gegeben worden, sich von den einschlägigen Verhältnissen zu überzeugen.

Dieses Tatsachenmaterial bot die Grundlage zu einem Vorgehen in der Fachpreise und zu einigen Einlagen an das Reichsamt des Innern, das Kriegsministerium, Ministerium der Bauverwaltung und Ministerium des Innern in Preußen, um schubfördernde Maßnahmen zu ergreifen. Außerdem wurde wiederholt verlangt, durch persönliche Unterredungen mit den leitenden Ministerialbehörden unter Hinweis auf die möglichen Zustände Abhilfe herbeizuführen.

Auch ist es dem Drängen der Sozialpolitischen Abteilung zu danken, daß das Ministerium der Bauverwaltung durch einen Rund-

erlaß an die Regierungspräsidenten Grundsätze für die polizeiliche Regelung des Arbeiterschutzes bei Eisenbauten aufgestellt hat, über die wir bereits im „Correspondenz-Blatt“ (S. 108 d. Jg.) berichtet. Außerdem sind zahlreiche informatorische Abhandlungen über Gewerbehygiene, Unfallverhütung usw. in der Baugewerkschaftspresse veröffentlicht worden.

Das Gesetz über der vaterländischen Hilfsdienst ist von der Sozialpolitischen Abteilung mit einem kurzen Kommentar und den wichtigsten Ausführungsbestimmungen und Rechtsbelehrungen bearbeitet und herausgegeben.

Die Monopolfrage wurde in einer Studienkommision eingehend behandelt, wobei es sich im wesentlichen darum handelte, gegenüber der übermäßigen entwickelten wirtschaftlichen Machtstellung der Monopolindustrien Sicherheiten für die Rechtstellung der Arbeiter im Arbeitsvertrag und für ihre sozialpolitischen Anforderungen zu verlangen.

Die Frage der Übergangswirtschaft hat zur Aufstellung und Formulierung einer Reihe von Forderungen geführt, die noch weiter bearbeitet und dann an die zuständigen Stellen geleitet und vertreten werden müssen. Auch für die Aufstellung eines Programms unserer sozialpolitischen Forderungen nach dem Kriege sind die Vorarbeiten im Gange.

Die Lebensmittelversorgung ist dauernd Gegenstand sehr umfangreicher Arbeiten gewesen. Sowohl in der Presse wie im Kriegernährungsamt und im Reichsamt wurden die Mängel der Organisation und die ungünstige Verteilung wichtiger Nahrungsmittel kritisiert. Manche unserer Anforderungen wurden erfüllt. Wenn die Sorge um die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel nicht geringer, sondern erheblicher geworden sind, so liegt das nicht allein an dem Mangel der Organisation, sondern auch an dem Verlust der Produktion. Die Landwirtschaft ist bei allen Bemühungen, die Leistungsfähigkeit aufrechtzuhalten, leider nicht in der Lage, den Bedarf zu bedenken. Das ist eine Tatsache, deren Wirkung auch durch die beste Organisation nicht befehlit werden kann. Hier taucht fortgelebt neue Probleme auf, Hindernisse, die aus der Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entstehen, die uns immer wieder Anlaß geben, mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiter zu vertreten, die an einer geordneten, gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel, einer Schöpfung der Produktion und einer Befestigung der Preisstabilität interessiert sind.

Das Arbeiterinnensekretariat berichtet von einer erheblichen Inanspruchnahme seiner Sekretärin in den Organisationen der Kriegsbehörde, insbesondere für die Kriegsbediensteten und Kriegshinterbliebenen.

Durch die Gründung der Frauenarbeitszentrale im Reichsamt ist für die Angestellte des Arbeiterinnensekretariats das Tätigkeitsgebiet erweitert worden. Sie gehört dem „Nationalen Ausschuß für Frauarbeit im Kriege“ an und bemüht sich, an der Centralstelle und durch Einwirkung auf die Gewerkschaftskartelle und die Arbeiterinnen dafür zu wirken, daß durch die geplanten Einrichtungen keine Schädigung der Interessen der Arbeiterinnen entsteht. Diesem Zweck sollte auch eine im Januar an das Reichsamt gerichtete Eingabe auf Aufstellung von Sozialbeamten dienen, die nach Möglichkeit aus den Kreisen der Arbeiterinnen genommen werden sollten und denen die Aufgabe ausüben soll, für Einrichtungen zur zweckmäßigen Ernährung der Arbeiterinnen und zur Unterbringung und Versorgung der Kinder zu sorgen.

Bis zum März 1917 wurden neben den Sekretariatsarbeiten und der Redaktion der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ auch die Kassengeschäfte des Verbandes der Hausangestellten von der Arbeitersekretariate erledigt.

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ erscheint jetzt in einer Auslage von 92 000 Exemplaren.

Das Zentral-Arbeitersekretariat verzeichnet eine Abnahme der Zahl der ihm zur Vertretung überwiesenen Sachen: 1916: 835, 1915: 1060, 1914: 1397, 1913: 2125, 1912: 2343. Von den 835 Sachen gingen ein von Arbeitersekretariaten 622, Gewerkschaftskartellen 11, Rechtsauflaufsstellen 14, Gewerkschaftsverwaltungen 72 und an Personen 116. Aus früheren Jahren waren 547 Sachen rückständig, so daß 1382 Sachen in Bearbeitung standen, von denen 981 erledigt wurden (847 Unfälle, 70 Invaliden, 37 Krankenfassen, 22 Knappenschafts-, und 5 Rivalitäten). Das Ergebnis der erledigten Unfallfällen war in 342 Fällen bzw. Hinterbliebenen günstig, in 505 Fällen ungunstig.

Die Mehrzahl der Sachen fand beim Reichsversicherungsamt endgültige Erledigung, nämlich in 818 Fällen. Am Berufungsverfahren wurden 24 und im Einspruchverfahren 5 Sachen abschließend erledigt.

In 107 erledigten Sachen mußte die Vertretung abgelehnt werden, weil nach Sache der Gesetzbuch oder dem Stande der Sachleinerer Aussicht aus irgendwelchen Erfolg bestand. Zum Teil ist diese Ablehnung erst nach eingehender weiterer Auflösung der Sachen geschehen, und zum Teil auch, nachdem in früheren Terminen die Vertretung übernommen newelen war.

In 82 Fällen wurden die Versicherungsräte verurteilt, dem Versicherten an außergerichtlichen Kosten des Verfahrens 1019,95 Mark zu erstatten und in 10 Fällen zu 2370 M. vorläufiger Entschädigung.

Von den 70 erledigten Unpolidenfällen wurden 16 in der Beaufsichtigungsinstanz und 54 beim Reichsversicherungsamt erledigt; von den ersten waren 5 erfolgreich, von den letzten waren 10 Revisionen der Versicherungsanstalten und 44 der Versicherer. Davor hatten 4 Erfolg, 11 wurden zur nochmaligen Verhandlung an das Oberversicherungsamt zurückverwiesen. Anschließend endeten 27 von den 70 Sachen für die Versicherten günstig.

Von den 37 erledigten Krankenversicherungssachen erkannte die Kasse in 3 Sachen den Anspruch vor der Entscheidung der angeflossenen Instanz an; in 3 Fällen wurde sie vom Oberversicherungsamt und in 5 vom Reichsversicherungsamt verurteilt. In 7 Fällen erfolgte Zurückweisung, in 1 Falle wurde die Revision zurückgezogen, in 2 durch Stattegeben erledigt. Von den 22 erledigten

Knappenschaftssachen fielen 6 zugunsten der Kläger aus, von den 5 anderen erledigten Sachen waren nur 2 erfolgreich.

Im Berichtsjahr hatte das Zentral-Arbeitersekretariat 915 Anfragen zu beantworten.

Die „Rechtskasse“ konnte leider immer noch nicht auch nur auf den früheren Umfang gebracht, gleichzeitig denn zu einer selbstständigen Zeitschrift ausgebaut werden.

Der nun schon zu einer über huijährigen Amtszeit der Zustand der nicht vollzogenen Wahlen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung hat auch im letzten Jahre keine Änderung erfahren. Im Gegenteil sind die Wahlen wiederum hinausgeschoben, diesmal zweckmäßigerweise bis zum Ablauf des auf die Beendigung des Krieges folgenden Jahres.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Die sechste Kriegsanleihe. — Ein Riefeld. — Heereszeichnungen. — Reichsschuldbuch. — Entwicklung unserer Anleihemärkte nach dem Kriege. — Ausgaben der Reichsbahngesellschaften. — Gratiskasse der Kronprinz-Metallindustrie-Altingseiffel. — Gewinnsteigerung und Dividendenherabsetzung.

Mit 12,77 Milliarden Mark hat die sechste Kriegsanleihe das Ergebnis der bisher erfolgreichsten dritten Kriegsanleihe um 700 Millionen Mark übertroffen. Witten in das Toben der gewaltigen Schlachten an der Westfront fiel diese Belohnung deutscher Wirtschaftskraft, deren Erfolgszug unter Gegner schon in den ersten Kriegsmonaten gelommen glaubten, deren wachsende Entfaltung in diesen von Kriegsanleihe zu Kriegsanleihe immer eindrucksvoller Welt ins Gedächtnis gehämmert wurde. Im ganzen sind durch die sechs Kriegsanleihen 60 Milliarden Mark aufgebracht worden, diese Summe wird voraussichtlich etwas überschritten werden, da bei der bisher bekannten Summe von 12,77 Milliarden Mark die Zeichnungen für die die Belebungskredit bis zum 16. Mai läuft, nur zu einem Teil enthalten sind. Eingerückt sind rund 4 Mill. Mark aus Zeichnungen unserer Feldtruppen, ein großer Teil Soldaten mit Bereichen unter 100 M. beteiligt sind. Die Bedeutung dieser Waffenbeteiligung der Feldgrauen vermögen wir zu erkennen, wenn wir uns erinnern, daß die Zahl aller Zeichner bei der ersten Anleihe nur 1 177 225, bei der zweiten 2 891 680, bei der dritten 3 966 418, bei der vierten 5 279 645 und bei der fünften 3 800 976 betragen hat. Also es haben diesmal allein sich an der Kriegsanleihezeichnung mehr Feldgräne beteiligt, als bei vier der vorangegangenen Anleihen sich überhaupt Zeichner eingefunden hatten.

Frankreich hat mit seinen beiden Kriegsanleihen nicht ganz 20 Milliarden Mark oder nur ein Drittel seiner bisherigen Kriegsschulden durch langfristige Anleihen aufzubringen können, England verfügte mit seinen drei Anleihen nicht mehr als 37 Milliarden Mark zusammenzubringen, obwohl die Engländer es an Anstrengungen wahrlich nicht haben leichter lassen. Daß ihre Anleihepolitik nicht klug, besagt natürlich nichts gegen ihre finanzielle Kraft, vor deren Unterschätzung man sich hüten muß. Nicht nur wirtschaftliches können liegt in der Kriegsfinanzierung Deutschlands, sondern auch ein entschlossenes politisches Wollen, das auf der Erkenntnis beruht, daß das deutsche Volk um seine nationale Existenz kämpft. Daß es uns gelungen ist, durch Zeichnungen von 60 Milliarden Mark unsere Kriegskosten fast gänzlich in festen Anleihen unterzubringen, verdeutlicht nicht nur unser finanzielle Lage gegenwärtig ein starkes Maß von Sicherheit, dieses Gelingen wird auch sehr wesentlich die Regelung der finanziellen Verhältnisse des Reichs in einem kommenden Frieden erleichtern.

Weit mehr als gemeinhin angenommen wird, ist der Erwerb von Kriegsdebt als dauernde Vermögensanlage unternommen worden. Zunächst trifft das vor allem auf die Masse der kleinen Zeichnungen zu, dann aber kommen jene Zeichnungen in Betracht, die von vornherein mit einer längeren Spur der gezeichneten Gelder verbunden sind, das sind die Einträge in das Reichsschuldbuch. Vor dem Kriege, Ende Juni, beliefen sie sich auf 1461 Mill. Mark, bis Ende 1916 hatten sie bereits auf 8775 Mill. Mark zugenommen; sie sind weiter im ersten Quartal 1917 auf 1030 Mill. Mark gewachsen. Ein sehr anziehlicher Teil der Gesamtzeichnungen entfällt mit Sicherheit noch zunehmenden Eintragungen in das Reichsschuldbuch. Überraschend ist ferner die geringe Anspruchnahme der Frenchs, die es gelungen ist, durch Zeichnungen von 60 Milliarden Mark unterzubringen, verleiht nicht nur unserer finanziellen Lage gegenwärtig ein starkes Maß von Sicherheit, dieses Gelingen wird auch sehr wesentlich die Regelung der finanziellen Verhältnisse des Reichs in einem kommenden Frieden erleichtern.

Welt mehr als gemeinhin angenommen wird, ist der Erwerb von Kriegsdebt als dauernde Vermögensanlage unternommen worden. Zunächst trifft das vor allem auf die Masse der kleinen Zeichnungen zu, dann aber kommen jene Zeichnungen in Betracht, die von vornherein mit einer längeren Spur der gezeichneten Gelder verbunden sind, das sind die Einträge in das Reichsschuldbuch. Vor dem Kriege, Ende Juni, beliefen sie sich auf 1461 Mill. Mark, bis Ende 1916 hatten sie bereits auf 8775 Mill. Mark zugenommen; sie sind weiter im ersten Quartal 1917 auf 1030 Mill. Mark gewachsen. Ein sehr anziehlicher Teil der Gesamtzeichnungen entfällt mit Sicherheit noch zunehmenden Eintragungen in das Reichsschuldbuch. Überraschend ist ferner die geringe Anspruchnahme der Frenchs, die es gelungen ist, durch Zeichnungen von 60 Milliarden Mark unterzubringen, verleiht nicht nur unserer finanziellen Lage gegenwärtig ein starkes Maß von Sicherheit, dieses Gelingen wird auch sehr wesentlich die Regelung der finanziellen Verhältnisse des Reichs in einem kommenden Frieden erleichtern.

Für die Entwicklung unserer Anleihemärkte nach dem Kriege bedeuten diese Umstände nicht wenig, denn es ist selbstverständlich, daß nach Beendigung des Krieges Kriegsanleihen in einem starken Umfang von ihren gegenwärtigen Besitzern zur Erlangung von Betriebsmitteln ständig genutzt werden müssen. Neben die voraussichtliche Gestaltung dieser Verhältnisse hat sich der Reichsbankpräsident fürzlich im Reichstageausschuss für Handel und Gewerbe in längeren Ausführungen gedacht. Auch wenn wir eine Kriegsentschädigung erzielen können, führt er dabei aus, ist es hohem Grade wahrscheinlich, daß die gewaltigen Steuerlasten und allgemeinen Aufwendungen, die an das Volk nach dem Kriege herantreten werden, und die großen Kreditanträge auf dem Weltmarkt eine Belastung des Geldes herbeiführen. Der Kapitalantritt braucht aber darum nicht höher zu werden als 5 Prozent. Denn nicht der Zinszuschlag im offenen Geldmarkt und der Bankdiskont allein sind entscheidend für die Entwicklung und Gestaltung des Kapitalmarktes.

Zu rechnen ist damit, daß in den ersten Jahren nach dem Kriege ein sehr starker Verkaufsaufwand von Kriegsanleihen an den Markt treten wird, da ein beträchtlicher Teil der Kriegsanleihen aus Kapital besteht, das früher in der Form von Reichtümern, Anteilen, Wertpapieren, Inventarwerten, ich habe mir nicht darüber geäußert, den Kriegsanleihen zugewandt hat, aber bei Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zwangsläufig wieder zu

gebt werden muss. Der Reichsbankpräsident berechnet, dass es noch 10 Millionen Goldmark nach dem Kriege zum Verluste gebracht hat und er solche zu leihen sich aus 6 bis 7 Milliarden Mark, vielleicht auf noch mehr belasten wird. Danach werden von den Märkten über auch noch die Kriegsschäden der Staaten, vor allem durch die Oppositorienbanken, die Privatindustrie und des Dienstes herauftreten. Es müssen daher schon notwendig werden, um diese Summen zu erhalten, um die Milliarden an Gold zu erhalten und ihre Unterbringung zu ermöglichen. Nach dieser Absicht sind, so erklärt der Reichsbankpräsident, eben in Kriegszeiten notwendig, die neuerliche und außerordentliche werden, in den Krieg, einen härteren Kurs zu setzen — mehr kann man nicht verlangen. Das kann durch einen solchen gewaltigen Anfang beobachtet werden können, in verhindern und die Auswirkungen des Kriegs zu halten.

In den Reichs-Darlehenen vertreten wir über Einschätzungen, die im Durchführung der hier vorgezeichneten Aufgaben in erster Reihe berücksichtigt werden. Es ist denn auch wiederholt erklärt worden, dass das Abwesenheit dieser Darlehenen auf einige Jahre über den Friedensdienst hinaus gesichert ist. Fernerhin schwanken Verhandlungen, um in Verbindung mit den Reichsdayehausen Organisationen für den Verkauf beliebter Kriegs- und Dienstleistungen zu schaffen, damit ein ungezieltes Angebot mit den übrigen Zulieferern, die jetzt ein Zustand haben können, ausschlossen bleibt.

Außerdem ist festgestellt, dass die Ausgabe von Gratifikationen zur Erreichung einer möglichst kriegerischen Dividendenförderung von der Konzern-Metallindustrie-Aktiengesellschaft in Erfüllung wird bei jeder Steigerung des Gewinns eine Überprüfung der Dividende von 25 Prozent auf 20 Prozent vorgenommen, es sollen jedoch 24 Millionen Mark aus dem Gewinn zur Einzahlung auf 5,6 Millionen Mark auszugehende Aktien verwendet werden. Künftig sollen mehrere Einschätzungen auf die jungen Aktien übertragen zu müssen, damit ein ungezieltes Angebot mit den übrigen Zulieferern, die jetzt ein Zustand haben können, ausschlossen bleibt.

Das Aktienkapital wird nach diesem Plan verdoppelt. Gerade die Konzern-Metallindustrie-Aktiengesellschaft verfügt auf dem Gebiete der künftigen Dividendenförderung über sehr reiche Erfahrungen. Sie erhöhte im Jahre 1911 das Aktienkapital von 280 Millionen auf 560 Millionen Mark, und zwar gab sie damals die neuen Aktien ihren Aktionären zum Kurs von 115 Prozent, während sich der Kurs der alten Aktien zur Zeit der Kapitalerhöhung auf etwa 50 Prozent stellte. Schon für das Jahr 1911 zeigte sich bei der Gewinnerzielung die erste und gewollte Wirkung jener Kapitalerhöhung. Die Dividende ging von 27 auf 22 Prozent zurück, und die entsprechende weitere Wirkung blieb nicht aus. Den alten Aktionären bereitete die Dividendenminderung keine Pein, denn sie erhielten die jungen Aktien zu dem erwähnten niedrigen Kurs, die von ihnen also mit einem Gewinn von einigen 100 Prozent verkaufen werden konnten; nicht minder günstig gestaltete sich ihre Situation, wenn sie auf die mit 115 Prozent erhöhten Aktien verzogen, die Dividende von 22 Prozent zu bezahlen. Volkswirtschaft ist die Rückhaltung von Gewinnen zur Stärkung der Unternehmen natürlich nur anzuhören; doch die Ausgabe von Gratifikationen ist aus manchem andern Grunde nicht unbedenklich.

Berlin, den 23. April 1917.  
Julius Galisi.

## Wie die Entlassungen vom Heere erfolgen sollen.

Am Reichsministerium für Handel und Gewerbe ist jüngst in eindrücklicher Weise die Frage der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft behandelt worden. Ein Kommissar des Kriegsministeriums wies darauf hin, dass die Ueberführung eines so starken Heeres in den Friedensstand, wie wir es jetzt zur Zeit haben, einzige in der Geschichte dachte. Bei der Wichtigkeit dieser Aufgabe hat die Oberste Heeresleitung beizutragen, Grundsätze für die Ueberführung des Heeres von dem Kriegs- in den Friedensstand aufzustellen. Der Kriegsminister hat entschieden, dass das allgemeine Kriegsdepartement des Kriegsministeriums als die Stelle bestimmt ist, in deren Händen die endgültige Leitung liegt. Es muss darauf geachtet werden, dass entweder keine Arbeitslosigkeit entsteht, und zweitens, dass für die Friedenswirtschaft wichtigen Betrieben so schnell wie möglich die neuen Kräfte zugeführt werden. Diese Zwecke können aber nur erreicht werden, wenn die Verbindung zwischen Unternehmer und Arbeiter durch die bestehenden militärischen Einrichtungen, wie Kriegsamtshäusern, Kriegswirtschaftsstellen und die militärischen Abteilungen der Generalquartiermeister in Gemeinschaft mit den Renten- und Pensionsstellen hergestellt wird. Wenn eine Arbeitslosigkeit vermieden werden soll, so kann die Ueberführung des Heeres aus dem Kriegs- in den Friedensstand nur nach und nach erfolgen. Es kann sie dauert, ist nicht vorauszusehen, das hängt von den militärischen Rücksichten und von der ganzen Lage ab. Die Entlassungen aus dem Heere durch den Dringlichkeitsbedarf sind eingepackt, und die letztere Verteilung hat der Grundsatz aufgestellt, dass kein Mann entlassen werden soll, ehe er eine Arbeitsgelegenheit gefunden hat. Um dies durchzuführen zu können, hat man eine bestimmung ertheilt, nach der Seite, die seine Arbeit bekommen können, und so viele Männer noch im Heere zurückzuhalten werden müssen. Da reicht es bis zur Dauer von vier Monaten ihr Unternehmen und die Beschäftigung im Heere.

Der zweite erneut erwähnt ist, dass der für die Friedenswirtschaft wichtigen Betrieben so schnell als möglich die aktiven Kräfte angeföhrt werden. Daher ist eine bestimmte Einteilung in Klassen vereinbart, deren erste die inhaltenden Persönlichkeiten aus dem Bereich des sozialen Berufslebens umfasst. Die zweite Klasse wird zuletzt von den Seiten jeder Betriebe, den Ingenieuren, Gelehrten und Reiseführern, dann kommt die Klasse der selbständigen Gewerbetreibenden, der Landwirte usw.; ihnen schlicht sich, an den Zwecken der Staats-, Freizeit- und Kommunalbeamten, schließlich bei der Seefahrt und Fischer, denn der gelehrten Berufe, und endlich der ungebildeten Arbeiter. Die Truppenteile haben weiterhin zu tun, welche Kaufmänner sofort entlassen werden können. Als Voraussetzung gilt hier fest Stellung und unverzüglich Reiberechtigung. Die Unternehmer können von den Truppenteilen die erforderliche Arbeit arbeiten, die ihnen dann zugespielen kann.

Nach das Ergebnis des Deutschen ist mit der Frage befasst worden, wie oft kann man auf den Standpunkt, dass Arbeitskräfte entzogen werden, stützen. Der Kriegsminister hat nicht für schwer, sondern erkannt, dass wir nach dem Kriege wahrscheinlich einen grossen Arbeitsmangel haben werden. Eine befürchtete Frage ist, dass wir die einzelnen wieder untergebracht werden können. Da ist der Friedensstand die Unternehmer durch Gesetz verpflichtet werden, ihre Fabriken einzurichten wieder in die alten Stellen aufzunehmen. Dieser erneut erwähnte Beispiel soll auch in Deutschland nicht ohne Gehör verbleiben. Was die vorherigen Erfahrungen beweisen, ist, dass die sozialen Arbeitsmarktsituationsen ebenfalls wieder in Kraft treten und vor allem wird die Nachfrage nach Arbeit deutlich werden. Das ist eine Tatsache, die für beide interessant ist. Da die Kriegsminister nach sowohl im Interesse des Reiches als auch im Interesse der männlichen Arbeiter ausgesetzt werden. Das gleiche gilt für die Arbeit der Jugendlichen, die jetzt auf zweites in weiteren Ansicht auf Arbeit in Frieden und Friedenszeit besser positioniert ist, als das in Friedenszeiten erlaubt war. Die Arbeitsmarktsituation für Arbeiter wird es schon bestimmen, was die Unternehmen können im ersten zweiten Falle, zurückgeführt werden kann; was Teil in die Friedenszeit und bestehen werden kann, damit die Interessen des Verbrauchers und Arbeiters in der Friedenszeit eben in die Friedenszeit eingestellt werden können. Das ist das, das

geringen ernstere Arbeitslosigkeit eintreten sollte, wird es also den Unternehmen nicht an Gelegenheit fehlen, derartig Arbeiten ausführen zu lassen.

Es besteht die Absicht, diese Fragen der Reihe nach vorbereitend zu bearbeiten und sie dann einem Rat aus Interessentenkreisen vorzulegen, in dem der Stadtrat, die Landwirtschaft, die Arbeitgeber und die Arbeiter, unter lebhaften Vertretern der Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen, und die Arbeitsbeschaffungs-Vereine vertreten sein würden.

## Korrespondenzen.

Leipzig. Am 24. April fand eine Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Loge ordneten ehren die Anwesenden die vereinbarten Kollegen Julius Jahn, Franz Schiller und Karl Siegel durch Erheben von den Plätzen. Da Kollege Jahn Kassierer der Zahlstelle war, übernahm Kollege Reusch das Amt bis zum 2. Quartal. Bis zur heutigen Versammlung hat Kollege Reusch das Kassenamt verwaltet und die Versammlung wünschte ihm auf Antrag einstimmig zum Kassierer. Der Quartalsbericht wird eingegangenommen und die Revisoren bestätigen, dass Bücher und Kasse in Ordnung waren. Der Hauptpunkt der Debatte bildete die Ernährungsfrage. Alle Kollegen sind der Meinung, dass die Ernährung der Steinarbeiter bei dem schweren und gefundene Schädlichen Beruf ungünstig ist. Der Vorsteher wurde beauftragt, ein Gesuch an alle Kriegsernährungsanstalten zu richten, damit den Steinarbeitern daselbst Ernährungsmittel zugewiesen werde, wie den Bergarbeitern. Ferner war man der Meinung, dass möglichst nur im Lohn gearbeitet werden solle, weil bei wechselnden Arbeitsordnungen die nötige Ernährungsmöglichkeit noch mehr in Frage gestellt werde. Einige reichende Mitglieder sollen vom Vorsitzenden schriftlich ermahnt und, falls sie ihren Pflichten nicht nachkommen, gestrichen werden. Zum Schluss wurde noch bekanntgegeben, dass bei der Firma Paul Krebsmann Vorschriften ausgetragen sind, worüber der Vorsitzende Auskunft erhielt. Die Kollegen haben das zu beachten.

## Rundschau.

Unsere Kollegen zur gefälligen Notiz! Es wird aus Drogistenkreisen berichtet, dass während des Krieges die Verbilligung von Ungeziefer allgemein vernachlässigt wird, zum großen Schaden für die Volkswirtschaft, da durch Ratten, Mäuse und Hamster Tausende von Zentnern Getreide, Nahrungs- und Buttermittel zugrunde gehen, und auch zum nicht geringen Schaden für die Volksgesundheit, weil gerade durch das Ungeziefer die meisten ansteckenden Krankheiten entstehen und verschleppt werden. Wegen der groben Spannungen an Rohmaterialien werden viele Friedenspräparate gegen Ungeziefer heute nicht mehr hergestellt, so wird es sicher im Interesse des Publikums liegen, zu erfahren, dass ein ausgezeichnetes, absolut sicher wirkendes Mittel gegen Ratten, Mäuse, Hamster usw. Dr. von in, und gegen Schwaben, Ratten und Wanzen Kanato hol. Diese Präparate sind für einige Großhändler in Drogerien und Apotheken häufig, wo auch jede sonst wünschenswerte Auskunft erteilt wird.

Auszeichnungen. Die Kollegen Wilhelm Beder, Willi Mittag und Richard Mittag aus der Zahlstelle Königstein erhielten das Eisernen Kreuz 2. Klasse. Letzterer auch noch die österreichische Tapferkeitsmedaille.

Zum deutschen Baugewerbe ist eine seit längerer Zeit geführte Unterhandlung um eine erneute Teuerungsabzulage nunmehr vor dem Reichsamt des Innern zum Abschluss gekommen. Für alle Tarifgebiete ist ein Stundenlohnzuschlag von 15 Pf. unabhängig von der Dauer der Arbeitszeit vereinbart worden. Die neue Zulage wird bereits seit dem 27. April gezahlt. Die Gesamtstundenlohnzulagen während des Krieges betragen nunmehr also 22—26 Pf. — Das ist ein schöner Erfolg.

Ausbau der Tuberkulosefürsorge. Der Ausschuss für Tuberkulosefürsorge des Deutschen Zentralvereines zur Bekämpfung der Tuberkulose unter dem Vorsteher des Landesrates Dr. Kreindl in Anwesenheit von Vertretern des Reichsge sundheitsamts, des Reichsversicherungsamts, des preußischen Ministeriums des Innern und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Man war einmütig der Überzeugung, dass der Kampf gegen die Tuberkulose, der durch die besonderen Verhältnisse des Krieges in seinen Wirkungen notwendig eine Abmilderung erfahren musste, mit aller Energie weiter zu organisieren sei, damit man insbesondere den nach dem Kriege herantretenden erhöhten Anforderungen gerecht werden könne. Zu diesem Zweck soll das ganze Deutsche Reich mit einem Anteil von Tuberkulosefürsorgestellen umspannt werden. Es soll zentralen, provinzialen und Landesorganisationen, unter Benutzung der bereits vorhandenen Organisationen zur Bekämpfung der Tuberkulose, die Aufgabe zugewiesen werden, für die Errichtung neuer und den weiteren Ausbau vorhandener Fürsorgestellen in ihrem Bezirk täglich zu sorgen. Zur Durchführung dieser Aufgabe soll zunächst beim Deutschen Zentralvereine für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von mindestens 50 000 Mark angefordert werden.

Geheimrat Hans Kirchow über den Ehringsdorfer Diluvialen Unterleiter. In der Gesellschaft für Naturwissenschaft, Völker- und Altertumskunde zu Berlin trat Professor Dr. Hans Kirchow (Berlin) über den sogenannten zweiten Ehringsdorfer Unterleiter. Der Gelehrte erklärte vor allem, dass beide Lieder gerade klassische Zeugen der früheren Geschichte des Menschengeschlechts seien. Die in Ehringsdorf und Taubach gefundenen Antropoiden, ausgearbeitet erhaltenen Tier- und Pflanzenteile, und die jetzt entdeckten Spuren des Menschen beweisen die Richtigkeit der Annahme, dass das Klima jener Urzeit im Altmale dem heute herrschenden fast völlig gleich. Die Rinde drückt natürgemäß zu der Frage: wie ist der Mensch damals physisch und geistig beschaffen gewesen?

Aus der Gesellschaft der Wissenschaft geht ohne Zweifel hervor, dass es sich um Zeugen aus der dritten Interglazialperiode handelt. Der zweite (das heißt aufgefundene) Lieder und Schablonen ist der engste von allen bislang entdeckten Lieder des Diluvialmenschen; der normal ausgebildete Schädel sowie die andern durchaus menschlichen Zahne überhaupt weisen auf eine sehr hohe Stufe des Menschen hin. Eine besondere Eigentümlichkeit des ersten (früher aufgefundenen) Lieders ist die auffällige Kleinheit der drei Zahne, die die bedeutende Größe der beiden zweiten, sowie das Gesteinsfeind des Vorfahrt des linken Zahns, was mir alles auch beim modernen Menschen beobachten können. Aus den Grabungen Kirchows, die durch ausgezeichnete Sichtbilder ergänzt wurden, ging hervor, dass es sich beim älteren Kunden um den Unterleiter eines älteren Menschen (aber noch seines Kreises) der Diluvialzeit, im neuern Falle um den Lieder eines sechzehnjährigen Kindes handelt.

## Litterarisches.

Die Blätter, Sozialistische Broschüren. Herausgeber: Parous (Verlag für Sozialwissenschaften S. m. b. H., Berlin SW 69). Das eben erschienene Heft 5 enthält u. a. folgende Artikel: Heinrich Camero: Prengegeist und Reichsdemokratie. Dr. Paul Lenz, R. d. R.: Der englische Staat und der deutsche Staat. Wilhelm Reit, R. d. R.: Die zweite Serie der Kriegsblätter. Otto Thomas: Zielgruppe. Paul Kirch, R. d. R.: Die deutsche Stadtgemeinde im Kriege. Dr. Julius Thilo: Wochenerindrücke. R. d. R. Ossig: Reich, rath! Max Barthel: Totter Wochenter. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 250 M. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

## Quittung.

Vom Monat April gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein: Dresden 350. Braunschweig 1.— Wismar 140. Auerbach 160. Leisnig 632. Roth & C. 242. Einbeck 103.16.

Breslau 85.70. Hasserode 10.20. Heigenbrücken 18.72. Golßen 32.72. Hamburg 157.45. Landsberg 57.68. Ronneburg 120.60. Striegauhausen i. Th. 8.50. Neuengen 32.24. Straßburg 8.— Tittling 28.43. Pettau 2.80. Preysing 4.20. Leer, Ostf. 137.09. Ritter 5.80. Meissen 11.29.88. Lüneburg 10.60. Pirna, Ost. 5.60. Meißen 11.29.88. Lüneburg 10.60. Rems 151.58. Göttingen 8.20. Blombergbach 7.84. Elberfeld 21.72. Elberfeld 45.12. Büsberg 25.24. Rieselsfeld 58.16. 33.— Elberfeld 21.72. Langensheim 25.20. Oberndorf 57.06. Hofstod 192.84. Schlossloch 19.91. Rimbach 29.14. Wittenberg 8.80. Löben 21.28. Königsberg 129.24. Rimbach 7.92. Jena 24.— Copitz 232.50. Eisenach 62.68. Kirchhausen 117.44. Brumby 27.50. Großheubach 4.78. Göppingen 5.80. Kleinenbergsfeld 102.72. Lauban 42.— Lübeck 19.80. Marktbreit 28.66. Neustadt 23.92. Oberpöllau 6.20. Biberach 4.20. Pleignitz, Ost. 4.60. Koblenz 12.85. Köln I 98.70. Dortmund 13.80. Elberfeld 4.53. Obermündig 8.88. Zwiesel 32.60. Wilsheim 6.12. Mainz 58.32. Halle 44.— Augsburg 64.46. Alsfeld 7.30. Alsfeld 33.26. Beucha 43.92. Luisburg 37.90. Höxter 128.72. Karlsruhe 65.50. München 200. Magdeburg 29.60. Niederrhein 17.64. Oldenburg 36.— Oschatz 24.87. Winterhausen 18.65. Welsa, Ost. 2.— Minchen 6.96. Meißen I 159.28. Kirchberg 49.74. Kirchberg 7.02. Hemeln 12.48. Rotenburg i. d. E. 7.60. Posen 4.90. Königslutter 37.84. Brandenburg 10.20. Demmin 92.— Bremen 22.80. Berlin 182.40. Bochum 13.80. Darmstadt 43.56. Solingen 8.78. Kaiserlautern 64.83. Pleignitz 17.44. Ochsenfurt 2.— Saalburg 22.80. Wechselfeld 11.5.— Köln, Ost. 4.40. Eisenberg 0.50. Aggertal, Ost. 2.40. Hamm 9.80. Rödingen 1.72. Löbau 195.60. Höhne 6.— Steffin, Ost. 6.— Ernsdorf 40.66. Oberndorf 7.84. Dannenberg 23.60. Riesa 26.54. Dreiecklingen 1.52. Bapendorf 7.80. Alsfeld 11.20. Göhret 2.— Frankfurt a. M., Ost. 13.20. Berlin, Ost. 2.80. Mühlhausen i. El. 10.70. Böselrode 71.50. Streichen 82.81. Beerwaldermühle 5.72. Bülow 89.52. Pausa, Ost. 4.70. Böbel, Ost. 3.20.

## Adressen-Wenderungen.

Grünfeld i. B. Vor. u. Rass.: Joseph Ulrich. Rottenheim. Vor. u. Rass.: Peter Küß, Leysteiner Straße. Brudmühl. Vor. u. Rass.: Johann Gieseler.

## Anzeigen

### Tüchtige Steinmechanen

auf deutschen Travertin werden verlangt für unseren Werkplatz in Hornburg, Kreis Halberstadt i. Or. Meldungen an die Betriebsleitung.

Steinmechmeister Ernst Escher  
Wethen am Gallenstein, Kreis Halberstadt.

### Tüchtige Steinmechanen

auf Marmor und Travertin, Hand schleifer, Maschinen schleifer, Fräser werden verlangt für Berlin-Wedensee in unserem Marmormeister Berlin-Wedensee.

Norddeutsche Marmorwerke u. Steinmechgeschäft  
Hans Kössner & Gottschalk  
Berlin-Wedensee, Schönstraße 11/15.

### Tücht. Granitsteinmetzen

sowie persische Schisthauer (auch Kriegsbeschädigte) werden eingestellt. Tariflohn 1 M. Dauernde Beschäftigung.

Plettner u. Bruhn, Lübeck, Granitwerk.

### Mittelfreie Granit-Steinmetzen

stellen ein

Daul u. Tollert, Steinbruch Benscha (Sa.).

Ein Steinmetzgehilfe (eventuell Kriegsbeschädigter) für Sandstein, Granit und Schisthauer sofort gefordert.

Klarich v. Minden, Steinmeister, Guxhaven, Gruner Weg 39.

### Einen Steinmetzgehilfen

der auf Granitschist hauen kann, sucht sofort für Sommer- und Winterarbeit

August Gräme, Greifswald in Pommern.

### Pflasterstein-Bosslerer

zur Herstellung von Steinpflastersteinen steht ein

Willy Stein, Lommatsch.

Den Kollegen von Dresden, Pirna u. Um. zur Kenntnisnahme, dass das Bureau vom 4. Juni an nur noch Sonnabends und Montags geöffnet ist. Alle dringenden Angelegenheiten sind schriftlich an nachstehende Adresse zu richten.

In Dresden wird jeden Sonnabend von 4 bis 8 Uhr Lassier.

E. Bradahl, Dresden 19, Barbarossastraße 1a, III.

## Im Felde gefallen

finden nachstehende Kollegen:

Alfred Fröbel, 2